

Jetzt bei Daimler – „Wir sind das Werk“

Am 1. Dezember hat der Daimler-Vorstand über die bekannt gewordene Ankündigung entschieden, dass die Produktion der C-Klasse von Stuttgart/Sindelfingen und Bremen zum größten Teil in die USA, aber auch nach China und von Sindelfingen nach Bremen, und ein sehr kleiner Teil nach Südafrika verlagert werden soll.

Sindelfingen ist mit 36.000 Beschäftigten das größte, das Stammwerk von Daimler, wo seit fast 100 Jahren Autos gebaut werden. Ein Kern deutscher Industrieproduktion, der heute unter dem Druck der US-Politik des niedrigen Dollars und des Lohndumpings für die amerikanischen KollegInnen der beginnenden Demontage ausgeliefert wird.

Allein in Sindelfingen heißt das Vernichtung von über 3.000 Arbeitsplätzen, ohne Berücksichtigung der Auswirkungen auf die Zuliefererindustrie. Für Bremen, das neben der C-Klasse auch noch die SL-Montage verlieren soll, die als notdürftiger „Ersatz“ nach Sindelfingen gehen soll, bedeutet das den Verlust von mehreren Tausend Arbeitsplätzen.

Schon am 30. November kam es zu massiven Protestkundgebungen der Kollegen, unterstützt von Gewerkschaftsdelegationen aus anderen Betrieben der Region.

Am Mittwoch, den 2. 12., fielen sämtliche Schichten im Sindelfinger Werk durch spontane Arbeitsniederlegung aus. Am Freitag, den 4. 12., demonstrierten 15.000 Beschäftigte des Werks in der Stadt.

„Die Produktion wird Stück für Stück

verlagert. Wenn das so weitergeht, provoziert das soziale Unruhen“, so ein Kollege auf der Protestkundgebung am 1. Dezember. Und Porsche-Betriebsratschef Uwe Hück ruft den KollegInnen zu: „Wir lassen diese Region nicht kaputtmachen – jetzt kämpfen wir.“ Und unter tosendem Applaus: „Wir brauchen eine Revolution für sichere Arbeitsplätze.“

Tag für Tag organisieren die Kollegen Betriebsversammlungen, Arbeitsniederlegungen, Streiks und Demonstrationen, für die sie ihre Gewerkschaftsorganisation einspannen.

Schon zwei Mal, 1996 und 2004, war den Beschäftigten und ihrer Gewerkschaft mit der Drohung von Verlagerungen u.a. Lohnverzicht und eine Flexibilisierung der Produktion abgepresst worden. Jetzt geben die KollegInnen dem Betriebsrat den Auftrag, keinerlei Verhandlungen mehr über Lohnverzicht oder andere Zugeständnisse zu führen. „Wir haben genug hergegeben“, erklärt Betriebsratsmitglied Siegfried Deuschle.

Auf der Betriebsversammlung am 8. 12. pfeifen und buhen die KollegInnen den Daimler-Konzernchef Zetsche wütend aus, als er sich durch den entschlossenen Widerstand der Beschäftigten gezwungen sah, die „Zusage“ zu machen: „Niemand im Werk Sindelfingen wird durch die Entscheidung zur C-Klasse seine Arbeit verlieren.“

Die Beschäftigten wollen sich nicht mit „Ersatzarbeitsplätzen“ abspeisen lassen, denn sie wissen, dass es keinen Ersatz für eine demontierte Kernindustrie des

Automobilbereichs geben wird. Deshalb kämpfen sie für den Erhalt der Produktion der C-Klasse in Sindelfingen, für die Verteidigung und Garantie aller Arbeitsplätze.

In Nordrhein-Westfalen kämpft eine Initiative von Gewerkschaftern aus Metallbetrieben und SPD-Mitgliedern für eine Kampagne der SPD für ein Eingreifen des Staates gegen Entlassungen, für den Erhalt aller Arbeitsplätze bei Opel; gegen die Entlassungswelle – für ein Entlassungsverbot (s. Seite 4).

Sollten sich auf eine solche Initiative nicht SozialdemokratInnen und GewerkschafterInnen in ganz Deutschland stützen, um sich auf nationaler Ebene mit den Forderungen an die Bundesregierung zu richten:

- Betriebe und Arbeitsplätze von Opel sind unter staatlichen Schutz zu stellen, der Erhalt aller Arbeitsplätze wird staatlich garantiert!

- Entlassungen sind gesetzlich zu verbieten!

Und sind die SozialdemokratInnen und GewerkschafterInnen in Baden-Württemberg nicht dringend gefordert, an der Seite der kämpfenden KollegInnen eine entsprechende Initiative zu ergreifen

- für das Verbot der Verlagerung und Arbeitsplatzvernichtung;

- für den Erhalt aller Arbeitsplätze und der Produktion?

CARLA BOULBOULLÉ

„Wir brauchen die SPD zurück für die Verteidigung der Lebensinteressen der ArbeitnehmerInnen und Jugend!“ – RUNDBRIEF Nr. 5 ist erschienen,

u.a. mit einem Beitrag von Beate Sieweke, zu ihrer Erklärung als Delegierte auf dem SPD-Bundesparteitag, dass sie nicht für den zur Wahl stehenden Parteivorstand stimmen kann, und auch nicht für den Leitantrag; sowie mit dem Abdruck des Impulsreferats, das Rudolf Dreßler auf dem Basis-Ratschlag am 8. 11. in Kassel gehalten hat.

„Handeln wir gemeinsam ...!“

Andrea Ypsilanti hatte sich (auf dem Basis-Ratschlag am 8. 11. in Kassel) unter starkem Applaus dafür ausgesprochen, dass die SPD wieder ihre „Selbstbestimmung“ zurückerhält!

Der Parteitag in Dresden hat meiner Meinung nach der SPD diese Selbstbestimmung nicht zurückgegeben.

Volker Rockel schreibt in einem Brief an Sigmar Gabriel, dass mit dem Leitantrag das »SPD-Regierungsprogramm 2009-2013« (das Programm für die Fortsetzung der

Großen Koalition!), oder mit dem »Deutschlandplan« Festlegungen getroffen wurden, die der Erneuerungsprozess nicht berühren soll. „Die Grundlagen unserer Arbeit sind... das beschlossene Regierungsprogramm für die neue Legislaturperiode und der von Frank-Walter Steinmeier vorgelegte Deutschlandplan »Arbeit von morgen.«“ Damit machen die alte und die neue Führung im Leitantrag unmissverständlich deutlich, dass ihr Kurs „Weiter so!“ heißt.

Vielleicht sollten wir deshalb nach dem Parteitag an eine Passage des Aufrufs „Wir brauchen die SPD zurück!“ erinnern, den

bis zum 13. November über 300 Genossinnen und Genossen unterzeichnet haben und der auch auf dem Parteitag verteilt wurde. Unter Berufung auf frühere Erfahrungen heißt es dort:

„Wir wenden uns an alle Sozialdemokraten, an die Gewerkschafter und die SPD-Wähler: Handeln wir gemeinsam, setzen wir uns gemeinsam dafür ein, dass wir dieses Mal durchdringen und Erfolg haben. Denn wie viele Male wurden schon die Versuche, die Politik der Agenda 2010 zu stop-

(Forts. S. 4 unten)